

Sitzungsperiode 2021-2022  
Sitzung des Ausschusses IV vom 10. November 2021

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 835 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zur längerfristigen Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus, insbesondere im Hinblick auf die kulturellen und kirchlichen Feierlichkeiten im November und Dezember**

Aufgrund der epidemiologischen Situation tagte das Parlament während der letzten 14 Tage mehrfach quasi im Krisenmodus. Auch die jüngste Sitzung des Konzertierungsausschusses wurde vorgezogen.

Das Ergebnis des Konzertierungsausschusses ist unter anderem eine belgienweite Harmonisierung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. In diesem Rahmen wurde die Maskenpflicht wieder verallgemeinert. Gleichzeitig wurde die Nutzung des Covid-Safe-Tickets ausgeweitet.

Derweil sollte für die verschiedenen belgischen Gliedstaaten die Möglichkeit erhalten bleiben, ebenfalls lokalere Strategien zur Eindämmung der Pandemie anzuwenden. Auch die Regierung und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelten bekanntlich in diesem Sinne.

In der Bevölkerung kommen derweil bereits vermehrt Fragen in Bezug auf die in den Monaten November und Dezember anstehenden kulturellen und kirchlichen Feierlichkeiten auf. Auch in den Medien wird die Organisation der Feierlichkeiten unter Corona-Auflagen immer wieder gerne thematisiert. Dies verdeutlicht zum Beispiel die Berichterstattung im Vorfeld zu den in dieser Woche in Ostbelgien stattfindenden Sankt-Martinszügen. Im Dezember steht die christliche Adventszeit im Vordergrund, so zum Beispiel die Feierlichkeiten zu Sankt-Nikolaus, zahlreiche Adventskonzerte sowie Weihnachtsmärkte oder auch andere Veranstaltungen zu Wohltätigkeitszwecken.

Dabei werden viele dieser Veranstaltungen von Vereinigungen ohne Erwerbszweck, faktischen Vereinigungen und zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern getragen.

Hierzu lauten meine Fragen:

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

- Welche Corona-Regeln werden nach aktueller Beschlusslage auf diese Art von Veranstaltungen anwendbar sein?
- Welche konkreten Möglichkeiten zur Umsetzung lokaler Strategien bei der Eindämmung der Corona-Pandemie haben die einzelnen Veranstalter vor Ort?
- Welche Position vertritt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Zusammenhang?

• **Frage Nr. 836 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu erstaunlichen Äußerungen der Triangel-Vorsitzenden über das CST**

Im GE vom vergangenen Samstag erklärte die Vorsitzende des Verwaltungsrates der AGR in St.Vith, Frau Jana Müsch, der Einsatz des CST sei – ich zitiere – „scheinheilig, weil es Geimpfte in eine gewisse Sicherheit wiegen soll, die es so nicht gibt.“ Diese Aussagen haben mich sehr überrascht, weil sie allen bislang mir bekannten wissenschaftlichen Studien widersprechen. Bislang ging man weltweit davon aus, dass die 3G Regel einen sicheren Rahmen für die Durchführung von Veranstaltungen bietet. Zwar kann die Verbreitung des Virus dadurch nicht komplett unterbunden, wohl aber deutlich eingedämmt werden. Deshalb greifen die meisten europäischen Staaten auf dieses Instrument zurück, damit es nicht erneut zu einem Lockdown, bzw. einem Veranstaltungsverbot kommt. Das CST soll sicherstellen, dass Kulturbetriebe und Sportorganisationen ihre Tätigkeiten trotz hoher Infektionszahlen durchführen können.

Ich weiß natürlich nicht, ob die Vorsitzende des Triangel eine Gesundheitsexpertin ist, oder aufgrund welcher durchgeführten Studien sie über Erkenntnisse verfügt, die die bisherigen Forschungsergebnisse widerlegen. Fest steht auf jeden Fall, dass solche Äußerungen zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung führen und die Akzeptanz des CST gefährden.

Deshalb meine Fragen:

- Sind Ihnen neue Studien bekannt, die die gesundheitswissenschaftlichen Thesen der Triangel-Vorsitzenden belegen?
- Gilt das CST weiterhin als wirksames Instrument im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus?
- Welche Alternativen gibt es, um Veranstaltungen in einem sicheren Umfeld durchführen zu können?

• **Frage Nr. 837 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zum geplanten Pilotprojekt zum Begleiteten und Betreuten Wohnen in Kelmis**

In Kelmis soll ein großangelegtes Projekt zum Betreuten und Begleiteten Wohnen entstehen. Das geplante mehrstöckige Gebäude am Kirchplatz soll Wohneinheiten, sowie eine gewerbliche Nutzung im Erdgeschoss beherbergen.

Dieses Pilotprojekt soll Betagten und Menschen mit Beeinträchtigung alternative Wohnformen bieten, die sowohl Autonomie und Selbstbestimmung fördern, als auch Möglichkeiten der Begleitung und des sozialen Miteinanders bieten.

Als Träger sind die Gemeinde, die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben, sowie Kathleos im Gespräch.

Dieses Projekt hatte im Kelmiser Gemeinderat für einige Diskussionen gesorgt.

Prinzipiell begrüßt das gesamte Gemeindegremium die Möglichkeit zum Betreuten und Begleiteten Wohnen, jedoch ist man sich über die Umsetzungsmodalitäten scheinbar nicht einig, bzw. noch nicht über die Details im Klaren.

Es stehen in der Tat noch einige Fragen in Bezug auf Kosten, Finanzierung und Umsetzung dieses Mammutprojektes im Raum.

Dazu möchte ich Ihnen, Herr Minister Antoniadis, folgende Fragen stellen:

- *Welche Rolle spielt die Deutschsprachige Gemeinschaft in diesem Projekt?*
- *Interveniert die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Finanzierung?*
- *Gibt es derzeit noch weitere Initiativen zu Begleitetem oder Betreutem Wohnen in dieser oder ähnlicher Form auf dem Gebiet der DG?*

• **Frage Nr. 838 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu Beratungsunternehmen in der Covid-Pandemie**

Laut Grenzecho - vom 05.11.2021 - mussten die verschiedenen Regierungen des Landes große Beratungsunternehmen wie Deloitte, McKingsey, EY und Roland Berger zur Bewältigung der Corona Pandemie zu Rate ziehen. „Das habe zehn Millionen Euro gekostet“, so zitiert das Grenzecho aus einem Bericht des „Le Soir“.

Die Beurteilung der Einsetzung gewisser Expertenbüros während der Pandemie ist unterschiedlich. Die eigene Verwaltung war nicht in der Lage diese Aufgaben zu übernehmen, weil sie überfordert und nicht groß genug war, so die Analyse von Erika Vlieghe -Vorsitzende der Expertengruppe GEMS. Der Virologe Emmanuel André sieht ein eher strukturelles Problem: „Die Anwesenheit von Beratern ist das Syndrom der chronischen Desinvestition in unsere öffentlichen Dienste.“

Neben der Notwendigkeit des Einsatzes von Beratern wurden ebenfalls die entstandenen Kosten kritisch begutachtet. „Sie habe die Arbeit sehr geschätzt, aber insbesondere der Kontrast zwischen diesen Honoraren und der Nichtbezahlung der Experten, die die Regierung beraten haben, seien unerklärlich“, so Erika Vlieghe.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft war bei vielen Expertentreffen und Konzertierungen vertreten - ob im Konzertierungsausschuss, den interministeriellen Konferenzen für Gesundheit, Bildung und Kultur oder auch den zahlreichen interföderalen Arbeitsgruppen. In Anbetracht der Fülle der dort diskutierten Themen, zu denen auch unsere Gemeinschaft Stellung beziehen musste, stellen sich mir folgende Fragen:

- *Hatte die Deutschsprachige Gemeinschaft genügend Know-how und eigene Ressourcen für die Vorbereitung solcher Gespräche?*
- *Hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls auf Beraterfirmen zurückgegriffen?*

• **Frage Nr. 839 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Umsetzung der Resolution des DG-Parlaments zu den Auflagen und Kontrollen im Bereich der Einkommensgarantie für Betagte – GRAPA**

Auf ursprüngliche Initiative der ostbelgischen Christlich Sozialen wurde im Juni 2020 im DG-Parlament ein Resolutionsvorschlag verabschiedet, der die Schwierigkeiten älterer Menschen mit geringen Einkommen im Grenzland thematisiert.

Zum Hintergrund: Wenn die Rente nicht reicht, sieht die öffentliche Hand einen Sozialzuschuss für ältere Personen vor. Um einen Missbrauch auszuschließen, muss der Bezieher unter anderem einen Auslandsaufenthalt von schon nur einem Tag vorab anmelden. Dieses System steht im Widerspruch zu unserer gelebten grenzüberschreitenden Realität: Eine Großmutter, die über die Grenze fährt, um auf ihre Enkelkinder aufzupassen, hat dadurch einen enormen bürokratischen und zeitlichen Aufwand damit ihr diese Leistung nicht gestrichen wird.

Aus diesem Grund hatte das DG-Parlament dem Gesetzgeber eine Veränderung bzw. Lockerung der bisherigen Regelungen vorschlagen: Der Situation von Leistungsempfängern im Grenzraum, müsse Rechnung getragen und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Dazu meine Fragen:

- *Ist es zu einer Umsetzung dieser Forderung gekommen?*
- *Welche Echos hat die DG-Regierung dabei von den Partnern auf föderaler Ebene vernommen?*

• **Frage Nr. 840 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Belegungsquote und Warteliste in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren in Ostbelgien**

In Rahmen einer Fragestunde im vergangenen September 2021 erklärte die Regierung im Zusammenhang mit eventuellen Wartelisten vor unseren Altenheimen, dass sich die Lage scheinbar normalisiert habe.<sup>1</sup>

Um so verwunderter habe ich kaum einen Monat später der hiesigen Presse entnommen, dass der Zweckverband „VIVIAS – Interkommunale Eifel“ für alle Dienste in seinen Wohn- und Pflegezentren für Senioren in St. Vith und Bütgenbach einen vorläufigen und unbefristeten Aufnahmestopp verhängt habe, weil sich der schon ohnehin bestehende Personalmangel seit Jahresbeginn nochmals zugespitzt hätte.<sup>2</sup>

Dazu meine Fragen:

- *Wie ist diese Entwicklung nur wenige Wochen nach der Aussprache im Parlament zu erklären?*
- *Wie hoch liegen die Ziffern der Wartelisten in den Eifeler Altenheimen?*
- *Welche Auswege schlägt die DG-Regierung vor?*

• **Frage Nr. 841 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Testkapazität in der DG und Kostenerstattung von Corona-Tests bei Kindern**

Dem Vernehmen nach konnten Corona-Tests bei Schulkindern in der DG zumindest im Einzelfall nicht so zügig wie die Kaleido-Verordnung<sup>3</sup> es vorgibt, durchgeführt werden, weil es an Testkapazitäten fehlte.

Als Alternativen wurden Stellen u.a. in Andrimont oder Malmedy empfohlen, die noch Testkapazitäten frei hatten.

Ferner werden bei manchen Testzentren Kosten bis zu 120 Euro erhoben, damit Eltern die Testergebnisse (vor den Ferien bzw. vor Abreise in den Urlaub) schneller erhielten.

Aufgrund der fehlenden Kapazitäten werden die Testzentren in Deutschland bei Familien in Ostbelgien als Alternative wahrgenommen.

---

<sup>1</sup> Frage Nr. 767 (8.9.2021) von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Bewohnerzahlen und Wartelisten der WPZS

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/63509/artikel/2021-10-12/vivias-verhangt-aufnahmestopp-fur-eifeler-heime>

<sup>3</sup> COVID-19: Kontakt mit hohem Risiko Kindergarten/ Primarschule: Test T1+T7 = Brief von Kaleido an die Eltern von Schulkindern, die Kontakt hatten zu einer oder mehreren Personen, die Covid-19 positiv getestet wurden (Brief vom 29.10.2021) -

Auf die Frage, ob Kosten der in Deutschland durchgeführten Tests bei Schulkindern aus Ostbelgien, erstattet werden, erklärte die Krankenkasse den Eltern, dass diese Frage seitens des Ministeriums, resp. der Regierung, noch beantwortet werden müsse.

Dazu meine Fragen:

- *Ist es Tatsächlich zu den beschriebenen unzureichenden Testkapazitäten gekommen, so dass Schulkinder in den von Kaleido genannten Testzentren nicht zeitnah getestet werden konnten?*
- *Wie hat sich die Situation ggf. weiterentwickelt?*
- *Inwiefern werden verordnete Tests im In- und Ausland kostenmäßig erstattet?*